

Reformfortschritt beim öffentlich-rechtlichen Jugendnetzwerk „funk“ konsequent weiterentwickeln

Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
16. Juni 2026

Reformfortschritt beim öffentlich-rechtlichen Jugendnetzwerk „funk“ konsequent weiterentwickeln – Qualität sichern, Meinungsvielfalt stärken und öffentlich-rechtlichen Kernauftrag im digitalen Raum durchsetzen

Der im Dezember 2025 in Kraft getretene Reformstaatsvertrag bildet das Fundament, reicht jedoch nicht aus, um das Vertrauen der Beitragszahler in die journalistische Vielfalt des Angebots vollständig wiederherzustellen. Wir setzen uns daher für folgende konkrete Maßnahmen ein:

- **Trennung von Information und Meinung:** Formate, die stark subjektive Sichtweisen transportieren, müssen von der ersten Sekunde an **visuell und textlich unmissverständlich als „Kommentar“ oder „Meinungsbeitrag“** gekennzeichnet werden, um insbesondere jüngeren Zielgruppen die Einordnung zu erleichtern.
- **Aufbrechen von Filterblasen:** Die einseitige Fokussierung vieler funk-Kanäle auf identitätspolitische und links-grüne Narrative ist zu beenden. Das Netzwerk muss die gesamte Breite der demokratischen Gesellschaft abbilden.
- **Pluralismus-Offensive:** Es sind gezielt Formate und Creator zu fördern, die ordnungspolitische Sichtweisen der sozialen Marktwirtschaft und die freiheitlich-demokratische Grundordnung fundiert und zielgruppengerecht vertreten. Gesellschaftliche Debatten müssen *innerhalb* des Netzwerks kontrovers und ausgewogen stattfinden (z. B. durch Pro-und-Contra-Formate).
- **Zentrale Beschwerdestelle:** Zuschauer und private Content-Creator müssen gravierende handwerkliche Fehler oder Verstöße gegen die Neutralität an eine unabhängige Ombudsperson beim federführenden SWR melden können, die eine transparente Richtigstellung erzwingt.
- **Kooperation statt Verdrängung:** Mit einem Budget von rund 45 Millionen Euro darf funk den Markt für freie, privatwirtschaftliche Creator nicht verzerren. Der Schwerpunkt muss auf aufwendigen, gemeinwohlorientierten Recherchen liegen, die sich rein werbefinanziert nicht tragen, statt auf rein unterhaltenden Lifestyle-Inhalten.
- **Neue Erfolgsmetriken:** Die Leistungsbewertung der Redaktionen darf nicht länger primär an Klicks und algorithmischer Viralität gemessen werden, da dies die Verengung

und Emotionalisierung von Themen begünstigt. Der Erfolg ist anhand qualitativer Kriterien (Recherchetiefe, Sachlichkeit, Bildungsgehalt) durch unabhängige Panels zu erheben.

Begründung:

Das öffentlich-rechtliche Jugendnetzwerk „funk“ erfüllt grundsätzlich einen wichtigen Auftrag: Es soll junge Menschen erreichen, die das lineare Fernsehen nicht mehr nutzen, und ihnen verlässliche, faktenbasierte Informationen im digitalen Raum anbieten. In den vergangenen Jahren stand das Netzwerk jedoch zu Recht in massiver Kritik.

Die Vorwürfe reichen von einer eklatanten politischen Einseitigkeit („woke Bubble“) über gravierende journalistische Handwerksfehler bis hin zur Marktverzerrung zulasten freier Medienmacher.


Der Reformstaatsvertrag von Dezember 2025 hat mit der Portfoliodeckelung und der Verschärfung des Ausgewogenheitsgebots richtige Schritte eingeleitet. Die Praxis zeigt jedoch, dass die strukturelle Abhängigkeit von den Algorithmen die Redaktionen weiterhin dazu verleitet, Inhalte für die Klickrate zu skandalisieren oder einseitig zu emotionalisieren.


Als CDU-Fraktion Berlin bekennen wir uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, fordern aber eine konsequente Rückbesinnung auf den Kernauftrag: Bildung, Information und unparteiische Beratung. Ein von allen Bürgern über den Rundfunkbeitrag finanziertes Angebot darf nicht als verlängerter Arm politischer Aktivisten wahrgenommen werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen garantieren, dass Steuer- und Beitragsgelder zielgerichtet für einen handwerklich sauberen, weltanschaulich neutralen und pluralistischen Jugendjournalismus eingesetzt werden. Berlin muss hier als starker Medienstandort und Mitgestalter der Rundfunkpolitik eine Vorreiterrolle einnehmen.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

 Telefon: (030) 23 25 21 15

 Telefax: (030) 23 25 27 65

 mail@cdu-fraktion.berlin.de

 www.cdu-fraktion.berlin.de